

Editorial

EWIGE DISKUSSION UM TEUERUNG BEENDEN



Es ist ein altes Thema und wird immer dann frisch aufgerollt, wenn Prognosen nicht eingetroffen sind: die Kompensation der

Teuerung in öffentlichen Krediten. Bisher legte das Parlament den Teuerungsausgleich aufgrund von Prognosen fest. Weil die Teuerung in den letzten Jahren jedoch geringer ausfiel als erwartet, kam es zu Mehrausgaben in verschiedenen Rahmen- und Verpflichtungskrediten. Davon profitierte unter anderem auch der Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI). Es ist derzeit offen, ob der Bund diese finanziellen Mittel in kommenden Jahren wieder einfordern wird.

National- und Ständerat sind sich einig, dass die ewige Diskussion um den Teuerungsausgleich beendet werden soll. Die Räte überwiesen diesen Frühling eine Motion, die den Bundesrat beauftragt, einen Systemwechsel zu erarbeiten. Die Teuerung soll künftig nur dann ausgeglichen werden, wenn tatsächlich eine Teuerung anfällt.

Im Weiteren ist zu klären, ob die Mehrausgaben aus den vergangenen Jahren kompensiert werden sollen. Dabei wird es nicht zuletzt um die Frage gehen, ob es gerechtfertigt ist, mit umfassenden Teuerungskorrekturen die zuverlässige Planbarkeit der Investitionen in den Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz zu gefährden.

Thomas Weibel,
Nationalrat,
Mitglied Politikerteam FUTURE

Erasmus+

INDIREKTE BETEILIGUNG BEDEUTET EINSCHRÄNKUNGEN UND RISIKEN

Der Bundesrat will die indirekte Beteiligung der Schweiz am europäischen Bildungsprogramm Erasmus+ in den Jahren 2018-2020 fortsetzen. Dazu beantragt er dem Parlament einen Kredit von 114,5 Millionen Franken. Für die Schweizer Hochschulen ist die Fortsetzung der Übergangslösung mit Einschränkungen und Risiken verbunden. Sie fordern Verhandlungen mit dem Ziel einer baldigen Assoziierung, spätestens ab 2021 am Nachfolgeprogramm von Erasmus+.

Seit 2014 kann sich die Schweiz nur indirekt am europäischen Bildungsprogramm Erasmus+ beteiligen. Grund dafür ist, dass die Europäische Union die laufenden Verhandlungen über eine Schweizer Assoziierung an Erasmus+ infolge der Annahme der Initiative gegen Masseneinwanderung sistiert hatte. Der Bundesrat richtete in der Folge eine Übergangslösung ein, mit der die internationale Mobilität der Studierenden aufrechterhalten werden konnte. Das Parlament verlängerte diese bis Ende 2017. Weil die Schweiz und die EU unterschiedlicher Auffassung über die Höhe der finanziellen Programmbeteiligung sind, wurden die Assoziierungsverhandlungen bisher nicht wiederaufgenommen. Nun will der Bundesrat die Schweizer Lösung auch in den Jahren 2018-2020 fortsetzen, wobei die Förderung der internationalen Bildungsmobilität weiterhin Priorität haben soll. Dazu beantragt er dem Parlament einen Kredit in der Höhe von 114,5 Millionen Franken für die dreijährige Periode. Diese Finanzierung erfolgt mit den Mitteln, welche das Parlament im Jahr 2013 für die Programmassoziierung gesprochen hatte.

Gegenüber einer vollumfänglichen Assoziierung an Erasmus+ bringt die Schweizer Lösung verschiedene Einschränkungen und birgt Risiken. Die indirekte Betei-

gung belastet die Hochschulen mit zusätzlichem administrativen Aufwand, da sie Austausch mit Partnern einzeln aushandeln müssen – das sind alleine an der Universität Zürich über 460 Verträge. Bei europäischen Partnerhochschulen führt dies zu Unsicherheiten bezüglich des Schweizer Status. Teilweise wurden bewährte Partnerschaften abgebrochen, so etwa zwischen der ETH Zürich und der Universität Cambridge. Zudem kann sich die Schweiz nur beschränkt an Projekten der internationalen Bildungszusammenarbeit beteiligen; Schweizer Koordinationen sind verunmöglicht. Das hat zur Folge, dass die Sichtbarkeit der Schweizer Kompetenzen sinkt und unsere Hochschulen den Anschluss an Forschungsprojekte verlieren. Weiter kommt hinzu, dass die Schweiz als Drittstaat vom aussereuropäischen Bildungsaustausch im Rahmen von Erasmus+ ausgeschlossen ist, während die europäische Konkurrenz bei der weltweiten Vernetzung – beispielsweise mit Universitäten in China, Kanada oder Russland – gefördert wird. Nicht zuletzt schwächt die Nicht-Assoziierung die Rolle der Schweiz im europäischen Bildungsraum, da die schweizerischen Institutionen von internationalen Gremien ausgeschlossen sind.

Aufgrund dieser Nachteile fordern die Schweizer Hochschulen und Forschungsinstitutionen eine sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der EU über eine Assoziierung ans EU-Bildungsprogramm. Die Schweiz soll sich so bald wie möglich wieder vollumfänglich an der europäischen Bildungszusammenarbeit beteiligen können, spätestens aber ab 2021 im Rahmen des Nachfolgeprogramms von Erasmus+. Die Finanzierung einer Assoziierung darf jedoch keine entsprechenden Kürzungen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation nach sich ziehen.

Fachkräftemangel

Mehr Studierende in den MINT-Fächern

Absolventinnen und Absolventen der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) sind in der Schweizer Arbeitswelt sehr gefragt. Seit Jahren überstieg die Nachfrage der Wirtschaft die auf dem Arbeitsmarkt verfügbaren MINT-Fachkräfte. Aus diesem Grund setzen sich zahlreiche Akteure aus Politik, Wirtschaft und Bildung für die Förderung der MINT-Fächer bei den jungen Generationen ein. Die Anstrengungen zeigen Wirkung: Die Schweizer Hochschulen erfuhren in den MINT-Fächern in den letzten Jahren einen überdurchschnittlich hohen Zulauf, wie eine Studie des Bundesamtes für Statistik (BFS) zeigt.

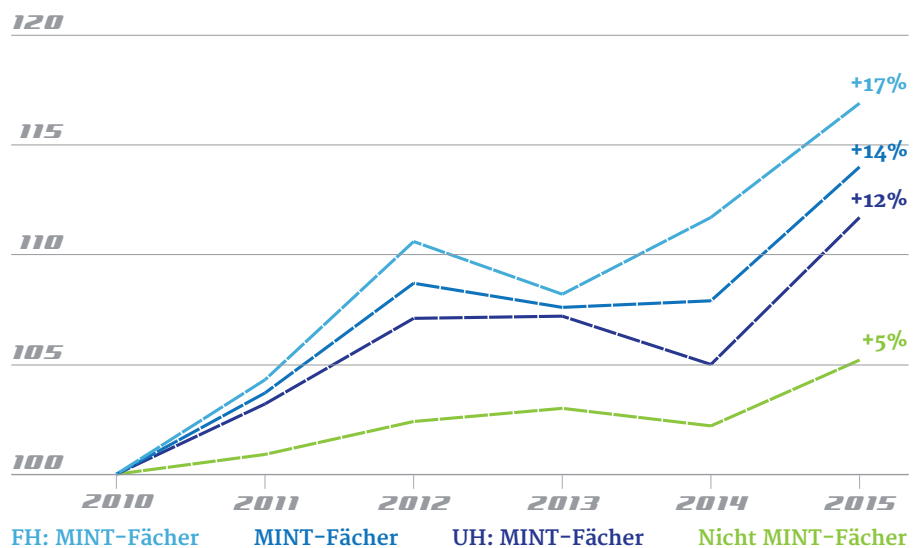
Trendwende bei Neueintritten

Im Studienjahr 2015/2016 waren knapp 69 000 Personen in einem MINT-Fach immatrikuliert – das entspricht rund einem Drittel aller Studierenden der Schweizer Hochschulen. Die meisten von ihnen, 68 Prozent, studierten an einer Eidgenössischen Technischen Hochschule oder an einer kantonalen Universität. 32 Prozent waren an einer Fachhochschule eingeschrieben. Der Vergleich mit dem Studienjahr 2010/2011 zeigt, dass das MINT-Stu-

dium an Popularität gewann: Zwischen 2010 und 2015 registrierten die Schweizer Hochschulen in den MINT-Fächern auf Bachelor-Stufe einen Zuwachs von 14 Prozent (siehe Grafik). Zum Vergleich: In den übrigen Fächern nahm die Anzahl der Studienanfänger um 5 Prozent zu. Das stärkste Wachstum hatten die Fachhochschulen (FH), wo die Neueintritte in den MINT-

Fächern um 17 Prozent anstiegen. Mit 12 Prozent lag das Wachstum an den universitären Hochschulen (UH) etwas tiefer, war aber immer noch deutlich höher als in anderen Fächern. Der Aufwärtstrend scheint nachhaltig zu sein: Das BFS geht davon aus, dass die Nachfrage nach Ausbildungen im MINT-Bereich bis im Jahr 2025 überdurchschnittlich hoch sein wird.

Studieneintritte auf Stufe Bachelor, indizierte Entwicklung (2010=100) Quelle: BFS



Rasa-Initiative

Bundesrat verzichtet auf Gegenvorschlag

Ende April gab der Bundesrat bekannt, dass er auf einen direkten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse» (Rasa-Initiative) verzichtet. Er begründet dies mit den negativen Rückmeldungen zu den beiden Entwürfen, die er anfangs Februar 2017 in die Vernehmlassung geschickt hatte. Die eine Variante hätte in der Verfassung festgeschrieben, dass völkerrechtliche Verträge von bedeutender Tragweite bei der Steuerung der Zuwanderung zu berücksichtigen sind.

Die zweite Variante zielte darauf ab, die Übergangsbestimmungen zu Artikel 121a aus der Bundesverfassung zu streichen. Gemäss Bundesrat zeichnete sich in den Vernehmlassungsantworten ab, dass sich weder im Parlament noch in einer Volksabstimmung eine Mehrheit für eine der beiden Varianten finden lassen würde.

Die Rasa-Initiative verfolgt das Ziel, den Volksentscheid vom 9. Februar 2014 bezüglich der Masseneinwanderungsinitiative

rückgängig zu machen. Sofern die Initianten ihr Volksbegehren nicht zurückziehen, wird die Schweizer Stimmbürger demnach die Wahl haben, entweder der Umsetzung des neuen Zuwanderungsartikels zuzustimmen oder diesen ganz aus der Verfassung zu streichen. Der Bundesrat lehnt die Rasa-Initiative ab, da er diese nicht als zielführend erachtet. Die eidgenössischen Räte werden ihrerseits in den kommenden Monaten über die Botschaft zur Abstimmung beraten.

IN KÜRZE

Freisetzung von GVO in der Forschung umstritten

Die Differenzvereinbarung zum Gentechnikgesetz kommt in die Schlussphase. Umstritten bleiben die Bestimmungen zur Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der Forschung. Im Gegensatz zu Ständerat und Bundesrat will der Nationalrat die Freisetzung von Organismen mit gentechnisch eingebrachten Resistenzgenen verbieten. Derweil sprach sich die Mehrheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates erneut für eine Aufhebung des Verbots aus. Mit 6 zu 4 Stimmen beantragt sie ihrem Rat, an seinem Entscheid aus der Frühjahrssession festzuhalten.

42 neue Förderungsprofessuren des SNF

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) vergab 42 Förderungsprofessuren an Nachwuchsforschende. Davon gehen 13 an die Universität Zürich, gefolgt von Basel mit sieben. Die Universität Bern gewinnt fünf, Genf und die ETH Zürich je vier; je drei Förderungen gehen nach Freiburg und Lausanne. Luzern, Neuenburg und die ETH Lausanne erhalten je eine Förderungsprofessur. Der SNF unterstützt diese Professuren während vier Jahren mit durchschnittlich 1,48 Millionen Franken. Hochqualifizierte junge Forschende können auf diese Weise mit einem eigenen Team ein Forschungsprojekt lancieren.

Innovationspark: 150 Millionen Franken für Bürgschaften frei

Der Bundesrat gab 150 Millionen Franken frei, mit denen der Schweizerische Innovationspark in Form von Bürgschaften unterstützt werden kann. Es handelt sich dabei um die erste von drei geplanten Bürgschafts-Tranchen. Insgesamt sind zu diesem Zweck 350 Millionen Franken vorgesehen. Die Bürgschaften dienen der Einrichtung von Forschungsinfrastrukturen und technologischen Plattformen.

Annalise Eggimann wird Direktorin von Innosuisse

Der Bundesrat genehmigte auf Antrag des Verwaltungsrates von Innosuisse die Wahl von Annalise Eggimann als Direktorin von Innosuisse. Sie übernimmt die Geschäftsführung der Schweizerischen Agentur für Innovationsförderung per 1. April 2017. Annalise Eggimann ist aktuell Geschäftsführerin der Kommission für Technologie und Innovation (KTI). Sie wird im Übergangsjahr 2017 beide Funktionen parallel wahrnehmen.

ERC: 25 Advanced Grants für die Schweiz

Der Europäische Forschungsrat (ERC) vergab 2016 insgesamt 231 Advanced Grants mit einem Gesamtvolumen von 540 Millionen Euro. 25 der prestigeträchtigen Förderungen gehen an erfahrene Forschende in der Schweiz, 8 davon an die ETH Zürich. Die Universität Zürich erhält fünf Advanced Grants, das Friedrich Miescher Institute drei. Die ETH Lausanne und die Universität Bern erhalten je zwei Grants. Die Universitäten Freiburg, Genf und Lausanne sowie die Universität der italienischen Schweiz und das Institut de hautes études internationales et du développement (IHEID) erhalten je eine Förderung.

swissuniversities bewilligt 11 Kooperationsprojekte

Die Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen swissuniversities bewilligte elf Kooperationsprojekte im Bereich der Doktorausbildung. Acht dieser Projekte betreffen Zusammenarbeiten zwischen universitären Hochschulen (UH) und Fachhochschulen; drei erfolgen zwischen UH und Pädagogischen Hochschulen. Dafür werden projektgebundene Beiträge im Umfang von 3,7 Millionen Franken gesprochen. swissuniversities lancierte bereits eine zweite Ausschreibung; Eingabefrist ist Ende Oktober 2017.

EPA: mehr Patente aus der Schweiz

Im Jahr 2016 wurden beim Europäischen Patentamt (EPA) insgesamt 7300 Patente

aus der Schweiz angemeldet. Das entspricht einem Anstieg von 2,5 Prozent gegenüber 2015. Kein anderes Land reichte pro Einwohner so viele Patente ein wie die Schweiz. Mit der ETH Zürich, der ETH Lausanne und der Universität Zürich befinden sich drei Hochschulen unter den Top-20 der Schweizer Patentanmeldern.

SNF förderte im 2016 rund 3200 Forschungsvorhaben

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) unterstützte im Jahr 2016 rund 3200 Forschungsvorhaben mit einem Betrag von insgesamt 937 Millionen Franken. Davon gingen 200 Millionen Franken an exzellente Nachwuchsforschende in der Schweiz. Der SNF unterstützte insgesamt 14 000 Forschenden an Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen sowie im ETH-Bereich. Mehr als 2000 internationale Kooperationen sind in diesem Rahmen vorgesehen.

Willy R. Gehrer ist neuer Präsident der SATW

Anlässlich ihrer Versammlung wählten die Mitglieder der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) Willy R. Gehrer zum neuen Präsidenten. Er trat per 9. Mai die Nachfolge von Ulrich W. Suter an, der die Akademie während sechs Jahren führte. Zuletzt war Willy R. Gehrer als CEO für die Bereiche Energy und Transportation Systems von Siemens Schweiz tätig. Von 2009 bis 2013 präsidierte er Electrosuisse.

Impressum

© Netzwerk FUTURE 2017

Münstergasse 64/66, 3011 Bern
T 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel sind unter Quellenangabe erlaubt.